

Bei der Ausbildungsmesse „Einstieg Beruf 2015“ informieren viele Unternehmen aus der Region über ihre Ausbildungsmöglichkeiten. **Darunter auch die Bundeswehr.**

Die Personalwerber der Bundeswehr suchen dringend Nachwuchs für eine Armee, die von ihrer politischen und militärischen Führung immer häufiger zu **Auslandseinsätzen** abkommandiert werden soll.

Vor einem Jahr veröffentlichten die *Stiftung Wissenschaft und Politik* und der *German Marshall Fund of the United States* das Thesenpapier „Neue Macht - Neue Verantwortung“. Seither wird in Artikeln von „Spiegel“, „Zeit“ und „FAZ“ das Bild von einem Land entworfen, das endlich erwachsen werden müsse und „**mehr internationale Verantwortung**“ schultern müsse.

Auf der sog. „**Sicherheitskonferenz**“ im Februar letzten Jahres in München haben in abgestimmten Redebeiträgen Verteidigungsministerin, Außenminister und Bundespräsident ins gleiche Horn geblasen.

Dabei heißt für sie „Internationale Verantwortung“ immer nur das eine: Soldaten in Auslandseinsätze schicken um die **politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Fraktionen der deutschen Monopolbourgeoisie** zu verteidigen.

Was das bedeutet, haben wir in **Afghanistan** gesehen.

13 Jahre Krieg, mehr als 180.000 Tote, ein zerstörtes Land, das seine nationale Souveränität verloren hat und praktisch zu einer westlichen Kolonie geworden ist. Milliarden Dollar und Euro, die für die Menschen nichts gebracht haben - keine Arbeitsplätze, keine Sicherheit, keine Perspektive.

Verdient haben die **Waffenlieferanten und ihre Aktionäre**. Beahlt haben die Menschen in Afghanistan.

Beahlt haben aber auch die Bundeswehrsoldaten, die so naiv waren zu glauben, es handele sich in Afghanistan um so etwas wie Entwicklungshilfe.

Die **Traurige Bilanz**: 2013 wurden rund 2.370 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze geschickt. Davon litten insgesamt 1.602 nach ihrer Rückkehr an

einer posttraumatischen Belastungsstörung und benötigen psychologische Betreuung. D.h.: 67% der Bundeswehrsoldaten kommen mit psychischen Störungen von ihren Auslandseinsätzen zurück!

Nach einer Umfrage des *Deutschen Bundeswehrverbandes* würden über 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten.

Und auch die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr halten nicht allzu viel von ihrem Arbeitgeber. Laut einer Umfrage des *Verbands der Beamten der Bundeswehr* (VBB) ist fast die Hälfte der Zivilbeschäftigten mit der Bundeswehr als Arbeitgeber unzufrieden. Zwei Drittel der Befragten würde die Armee als Arbeitgeber nicht weiterempfehlen.

Deshalb wirbt die Bundeswehr mit dem „Karriere-Truck“, mit Beach-Volleyball-Turnieren, mit dem „Girls-Day“, in Arbeitsagenturen, an Schulen und in Berufsmessen um Jugendlichen die Armee schmackhaft zu machen.

Der **Werbeetat der Bundeswehr steigt** und steigt. 2011 standen für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr 12 Millionen Euro zur Verfügung, ein Jahr später waren es schon 16 Millionen und 2013 wurden 29 Millionen veranschlagt.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ machen.

Was sie dabei verschweigt: Die Bundeswehr ist kein Dienstleistungsunternehmen, sondern staatliches **Exekutivorgan der herrschenden politischen Klasse**. Die Interessen, die von der Bundeswehr nach Innen und Außen vertreten werden sind die Interessen der herrschenden Kapitalfraktionen, der Großkonzerne und Banken, die Absatzwege und Absatzmärkte militärisch sichern müssen um ihre Profite zu realisieren.

Die politischen und ökonomischen Interessen, die von der Bundeswehr nach Innen und Außen vertreten werden sind nicht die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und schon gar nicht die Interessen ihrer zivilen und militärischen

Mitarbeiter.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) solidarisiert sich mit dem Protest gegen die Präsenz der Bundeswehr bei der Ausbildungsmesse „Einstieg Beruf“.

Wir sagen „Nein“ zum Werben fürs Töten und Sterben.

Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. Ein Stand der Bundeswehr hat auf einer Ausbildungsmesse nichts zu suchen.